

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 9 66 848 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Peter MdB zur Verantwortung der westeuropäischen Linken: Ein Plädoyer für den Dritten Weg.

Seite 1

Otto Reschke MdB zum Umgang der Bundesregierung mit der Spielhallenflut: Mehr Geldspielgeräte, höhere Steuerverluste, steigende Beschaffungskriminalität.

Seite 4

45. Jahrgang / 32

14. Februar 1990

Ein Plädoyer für den Dritten Weg

(Teil I)

Zur Verantwortung der westeuropäischen Linken

Von Horst Peter MdB

Wenn der Pulverdampf der gegenwärtigen ideologischen Grabenkämpfe abgezogen und die akuten Schübe des Reichsgründungsfiebers abgeklingen sind, wird deutlich werden, daß keines der wirklichen Probleme unserer Zeit einer Lösung nähergekommen ist. Keine der elementaren sozialen, ökologischen und politischen Aufgaben unserer Zeit wird ein wiedergewonnener deutscher Nationalstaat besser lösen können.

Wenn sich jetzt der ökonomische, politische und gesellschaftliche Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und realem Stalinismus auflöst, so tritt klar hervor, daß im Stalinismus die negativen Folgen des Kapitalismus verstärkt auftraten. Der Systemgegensatz beschränkte sich auf die ökonomische und politische Verschiedenheit. Die ökologischen Zerstörungsgemeinsamkeiten zeigen, daß der Fortschritt die Natur vergessen und übersehen hat. Beiden Systemen ist der Raubbau an Natur und Mensch eigen.

Wenn jetzt der erste Konsumrausch der DDR-Bürger nachläßt, die tatsächlichen Kosten einer „Wiedervereinigung“ für die DDR-Bürger und die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik gerechnet werden, wird auch der Reformbedarf der Gesellschaft der Bundesrepublik wieder deutlich. Angesichts der geringen Fähigkeit der jetzigen Bundesregierung, die sozialen Probleme der Bundesrepublik zu lösen, bleibt fraglich, wie diese Bundesregierung die sozialen Probleme eines wiedervereinigten Deutschlands lösen will. Einer nach einem Anschluß zur strukturschwachen Region verstümmelten DDR wird eine bundesdeutsche regionale Strukturpolitik gegenüberstehen, deren Erfolge nach 40 Jahren Bundesrepublik in Ostfriesland und Ostbayern besehen werden können.

Bei einer globalen Sichtweise der tatsächlich angehäuften Probleme auf diesem Planeten und der fehlenden Lösungskompetenz auch der überzeugten Marktwirtschaftler wird erfahrbar, daß die deutsche Wohlstandsinselfür diesen Planeten oder für den Erfolg oder Mißerfolg gesellschaftlicher und öko-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichnender Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



nomischer Systeme, Theorien und Ideologien sein kann. Wenn jetzt die FDP eine Anzeigenserie schaltet, in der sie quasi das neue Jahrzehnt als liberaleres Jahrzehnt für sich zu beschlagnahmen versucht, so irrt sie. Allen Totsagern zum Trotz: das beginnende Jahrzehnt wird das Jahrzehnt der Sozialdemokratie. Diese ist nicht am Ende ihrer Geschichte angelangt. Schon deswegen nicht, weil die alten Ursachen ihrer Existenz noch fortbestehen und neue längst hinzugekommen sind.

Zwar sehen sich die ideologischen Krisengewinnler angesichts des Zusammenbruchs des Kasernensystems in Osteuropa und angesichts der Tendenzen des Reststalinismus, ohne Übergang zum Kapitalismus zurückzugehen, als historische Sieger, am Ende der Geschichte oder gar im Stadium des „Post-Histoire“, verbuchen sie die Konkursmasse des Stalinismus auf der „Seite des Rechthabens“. In dieser Stimmungslage mußten mahnende Rufe wie der von Stefan Heym noch vor dem Sturz Honeckers verhallen, daß nicht das „noble Experiment des Sozialismus“ als gescheitert anzusehen sei, nur weil einige es „so lange mit unzulänglichem Gerät und falschen Zutaten“ probiert und ihre stalinistische Fiktion für realen Sozialismus ausgegeben hätten. Sehr zum Nutzen ihrer Widersacher im realen Kapitalismus, denn Konservative und Stalinisten waren im gleichen Maße daran interessiert, den Stalinismus als gefundene endgültige Form des Sozialismus darzustellen. Die Konservativen, um den Sozialismus denunzieren zu können, die Stalinisten, um sich historische und damit politische Legitimation zu verschaffen. Günter Grass stellte deshalb zu Recht fest, daß „Kapitalisten und Kommunisten immer gemein (hatten): die vorbeugende Verdammung eines Dritten Weges.“ Diese Art der Gemeinsamkeit setzt sich auch in der Geschwindigkeit fort, in der die Stalinisten ihrer historischen Siegesgewißheit abschwören, und die CDU auf die SPD der DDR als Adressaten ihrer Freiheit statt Sozialismus-Agitation umschaltet.

Auch setzen sich die Zerstörungsgemeinsamkeiten - diesmal auf der Ebene parteipolitischer Kooperation - fort. Neben der politischen Krise war die ökologische Katastrophe der DDR die Ursache für die Revolution in der DDR. Interessant ist deshalb die Entwicklung der CDU der DDR. Die ökologische Katastrophe der DDR, von dieser CDU als stalinistischer Blockpartei mitzuverantworten, ist für diese kein Anlaß zur ökologischen Läuterung, sondern sie wirft sich der CDU-West an den Hals und bietet nun statt einer wertkonservativen CDU das Bild einer deutschnationalen Allianz für den ungeschmälernten Raubbau an Mensch und Natur.

Auch irren die Ideologen der marktwirtschaftlichen Fiktion, wenn sie den real existierenden Kapitalismus für deckungsgleich mit ihrer Ideologie halten und meinen, dieser würde nach den von ihnen propagierten Markt-Gesetzen funktionieren. Die unkritische Übernahme des Erhardschen Kampfbegriffes von der „Sozialen Marktwirtschaft“ verleitet dazu, darin eine spezifische Gesellschaftsformation zu erkennen. Dies verstellt die Erkenntnis, daß der Markt ein ordnungspolitisches Instrument zur Organisation des Wettbewerbes ist. Soziale, ökologische und ökonomische Krisen verweisen auf die mangelnde Leistungsfähigkeit des Marktes in zentralen Sektoren der Gesellschaft. Es bedarf der politischen Instrumente, um in diesen Bereichen die Marktmechanismen steuernd zu ergänzen und auszugleichen. Die modernen Gesellschaften des Westens sind Resultat eines gesellschaftlichen Kompromisses, dessen Elemente Sozialstaat und Massenwohlstand, Massendemokratie und Rechtsstaat von der Arbeiterbewegung im hundertjährigen Kampf den politischen und gesellschaftlichen Eliten des Kapitalismus abgerungen werden mußte. Was als „soziale Marktwirtschaft“ verklärt wird, ist eine zerbrechliche Synthese des rohen Kapitalismus mit mildernden reformistischen Strukturen. Jederzeit droht der Rückfall in einen Zustand, der in anderen Kontinenten noch die Regel ist. Das Strukturproblem des politischen Kräftefeldes in Osteuropa ist für die nächste Zeit, daß mit dem Ende des Stalinismus eine linke Alternative zur gegenwärtigen Entwicklung versperrt ist, da der Stalinismus die Linke desavouiert hat und damit ungehindert kapitalistische Strukturen durchgesetzt werden können.

Für Westeuropa gilt, daß dort die Linke lebendiger denn je ist. Durch den Druck der Arbeiterbewegung sind Interventions- und Steuerungsinstrumente - und -mechanismen gestaltende Bestandteile der modernen kapitalistischen Gesellschaften geworden. Die wesentlichen Punkte der Kapitalismuskritik der Linken sind nicht erledigt. Neue sind hinzugekommen. Zugegeben werden kann, daß die Objekte der Kritik in ihren Auswirkungen gemildert wurden, weil die moderne Arbeiterbewegung das Kapital zum Kompromiß gezwungen hat. Die westeuropäische Linke hat die Kraft zur programmatischen Erneuerung, nachdem sich der sozialstaatlich-keynesianische Kompromiß erschöpft hat. Offensichtlich ist auch das Scheitern der neokonservativen Konterrevolution. Das Berliner Programm mit seinen Elementen der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft, der demokratischen Reform des politischen Systems, der Garantie von Arbeit und Gleichheit auf der Basis der globalen Durchsetzung von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden ist das europäische Beispiel für diese programmatische Erneuerung der Linken.

*

Der Stalinismus versprach - im Vergleich zum Kapitalismus - die schnellere und umfassendere Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Massen. Seine unzulänglichen Mittel führten - ungehindert durch Moral, Ideologie und Menschen - zum rabiaten Raubbau an Mensch und Natur. Der Stalinismus verstand sich als besser, aber nicht als anders im Verhältnis zum Kapitalismus. Die fehlende Legitimation des Systems durch Beteiligung der Menschen sollte durch materielle Befriedigung ersetzt werden. Der Stalinismus konnte jedoch keines der Elemente einer sozialistischen Gesellschaft, materiellen Überfluß, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, die Freiheit des einzelnen als Voraussetzung der Freiheit aller und deren freie Assoziation, realisieren. So fehlte dem Stalinismus die Bremsfunktion demokratischer Massenbewegungen, die sich der auf höherem Niveau produzierende Kapitalismus in seiner Verfaßtheit als politische Demokratie gefallen lassen mußte.

*

Mit dem Stalinismus fällt der Systemantagonismus weg. Ohne diesen dankbar zur Ablenkung genutzten Antagonismus treten die Probleme und Folgen des Kapitalismus nun klarer zu Tage. Und die Probleme der Zukunft sind andere als die des anachronistischen Kampfes Kapitalismus/Stalinismus oder der falschen Gleichsetzung Markt/Kapitalismus oder des falschen Widerspruchs Markt/Plan. Es zeugt von einer geringen Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge - und auf der Linken von einer oberflächlichen Aneignung der Kritik der politischen Ökonomie - wenn die ideologische Identifizierung von Markt mit einer spezifischen Gesellschaftsform unreflektiert geglaubt wird. Bei der Beurteilung von Gewinn und Profit ist deren soziale und ökologische Dimension entscheidend.

Denn der jetzt sichtbar werdende Antagonismus, die prinzipielle gesellschaftliche Konfliktlinie der Gegenwart und Zukunft, ist die zwischen Raubbau oder Bewahrung von Natur und Arbeit. Nur in provinzieller Verengung auf die Bundesrepublik kann deren Erfolgsgeschichte gefeiert und die globalen Kosten dieser Gesellschaft und dieser Form des Wirtschaftens übersehen werden. Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsform hat ein Stadium erreicht, in der jeder lauthals hinaustrumpetete ökonomische und technische Erfolg im weitaus größeren Umfang die Bedrohung für das Ganze mitproduziert, jede Errungenschaft Risiko darstellt. Die Elemente der ökologischen, sozialen und ökonomischen Krise ergeben das Gefahrenpanorama der kapitalistischen Gesellschaft als Weltgesellschaft. Keine dieser Krisenteile ist bisher nur im Ansatz begriffen. Und kann im Ernst ein System als Erfolg angesehen werden, daß nach seiner bisherigen 500jährigen Existenz von mehreren Milliarden Menschen gerade 600 Millionen Menschen eine halbwegs gesicherte Existenz garantieren kann und diese Garantie auf einer Verschwendung der natürlichen und menschlichen Lebenspotenzen aufbaut, auf einen Umgang mit den Ressourcen, der diese wahrscheinlich in wenigen Jahren erschöpft hat, ohne daß viele Menschen einmal in deren Genuß gekommen sein werden. Und in den Metropolen selbst ist fraglich, welchen Wohlstandsvorteil zum Beispiel der vierten Generation arbeitslose Afroamerikaner in New York von seinem Recht, in den USA zu leben, haben soll.

(-/14.2.1990/vo-hs/rs)

(Teil II und Schluß erscheint in unserer morgigen Ausgabe)

* * *

Mehr Geldspielgeräte, höhere Steuerverluste, steigende Beschaffungskriminalität

Zum Umgang der Bundesregierung mit der Spielhallenflut

Von Otto Reschke MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bauausschuß des Deutschen Bundestages

Die Spielhallen, Sexshops und Pornokinos, seit Jahren ein Dorn im Auge vieler Kommunalpolitiker aller Schattierungen, hielten lange Zeit die Parlamente auf Trapp und werden dies auch weiterhin tun.

Die einst hohen Sprüche der Bonner Koalitionspolitiker gegen die Ausweitung der Spielhallen in den Städten, die zu ernstlichen städtebaulichen Problemen führten und die Gefahren des Geldspieles verstärkte, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, wirken lächerlich angesichts des jetzt vorgelegten Entwurfes der neuen Spielverordnung durch den Bundeswirtschaftsminister.

Bereits 1985 erfolgte eine Novellierung der Spielverordnung, konnte jedoch den Expansionsdrang des Spielhallengewerbes nicht stoppen. Im Gegenteil, die Zahl der Anträge für neue Spielhallen ist sogar sprunghaft gestiegen. Der Druck der Städte und Gemeinden auf alle Fraktion des Deutschen Bundestages, zu handeln, wuchs.

Die SPD brachte im Juli 1987 einen Antrag zur „Eindämmung der Spielhallenflut“ ein. Durch eine lange Verzögerungstaktik wurde jedoch erst im April 1989 über die Spielhallenproblematik im Deutschen Bundestag entschieden.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, mit wirksamen Maßnahmen baurechtlicher, gewerbe-rechtlicher und steuerlicher Art zum Schutz der städtebaulichen Entwicklung und abhängiger Geld-spieler beizutragen.

Die Gemeinden versuchen bisweilen zum Teil vergeblich, durch eine Sondersteuer oder Anhebung der Vergnügungssteuer die finanzträchtigen Spielhallen einzudämmen.

Nach der neuen Baunutzungsverordnung sind künftig Vergnügungsstätten in reinen und allgemeinen Wohngebieten unzulässig. Sie können nur ausnahmsweise zugelassen werden in besonderen Wohnge-bieten und Mischgebieten. Sie sind jedoch allgemein zulässig in Kerngebieten und in den Teilen von Mischgebieten, die überwiegend gewerblich geprägt sind.

Diese Regelungen gelten entsprechend in den sogenannten unbepflanzten Innenbereichen.

Den Kommunen wird weiterhin nahegelegt, in unbepflanzten Innenbereichen (§ 42 Abs. 1 BauGB) durch Bebauungsplanfestsetzungen die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten im einzelnen zu regeln. Diese Möglichkeit hatten sie vorher auch schon. Gerade in Innenbereichen ist es jedoch schwierig, arbeits- und zeitaufwendig wegen einer Vielzahl von Nutzungsansprüchen alle Interessen unter einen gemeinsamen Hut zu bringen und ein Bebauungsplanverfahren abzuschließen. So muß dieser Ratschlag geradezu lächerlich auf die Gemeinden und deren Vertreter wirken, die durch die Probleme um die Vergnügungsstätten in einen immer stärkeren Handlungsdruck geraten.

Die großen Versprechungen der Bundesregierung, wirksame Maßnahmen gegen die Spielhallenflut zu ergreifen, werden wieder einmal nicht erfüllt. Die Gemeinden können in den problematischen Gebieten, den Kerngebieten und Mischgebieten, nur im Einzelfall bei einer Massierung von Spielhallen einschreiten. Dies bedeutet, daß auch weiterhin die Probleme der Verdrängung von kleingewerblichen Betrieben, alteingessenen Geschäften durch Spielhallen, Sexshops und Pornokinos, die zunehmende Gefahr der Spielsucht und die Umfeldkriminalität bei den Gemeindevertretungen auf der Tagesordnung stehen werden, wenn nicht endlich wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

Doch was uns hier die Bundesregierung bietet, ist kaum zu glauben.

Die Bundesregierung sollte zunächst darauf hinwirken, daß zumindest eine strenge Auslegung der Mehrwertsteuerregelung vorgenommen wird und die Geldspielgeräteausteller auch einer korrekten Umsatzsteuererfassung unterzogen werden. Daß dies bisher nicht geschah und von 1984 bis 1987 rund eine Milliarde DM Steuereinnahmen, bestätigte der Bundesrechnungshof in seinem Bericht vom 16. Oktober 1989. Allein 1987 betrugen die Steuerausfälle 330 Millionen DM; Ausfälle, die der notleidenden Automatenwirtschaft verblieben sind. Dies resultiert aus der Tatsache, daß die Ermittlung der Bemessungsgrundlage (=tatsächliche Einsätze) zur Umsatzbesteuerung auf einem Schätzverfahren beruht, wobei der Kasseneintrag mit einem Vervielfältiger von 1,5 multipliziert wird. Legt man jedoch die vorgesehene Mindestquote von 60 v.H. zugrunde, erfordere dies einen Vervielfältiger von 2,5 und die in den letzten Jahren tatsächlich erzielte durchschnittliche Gewinnquote von rund 68 v.H. der Spieleinsätze sogar einen von 3,125.

Doch die Bundesregierung tut sich schwer und die Lobby des Spielhallengewerbes ist effektiv. Hinzu kommt vielleicht, daß ein einflußreicher FDP-Politiker als Vorsitzender des Aufsichtsrats eines der größten Geldspielgerätehersteller sich das Zusatzgeschäft nicht verderben will.

Könnte sich die Bundesregierung dazu durchringen, bei neuen Geräten die Ermittlung der Umsatzsteuer anhand manipulationssicherer Zählwerke zu vollziehen, zögert sie immer noch damit, die Bemessungsgrundlage bei Altgeräten ohne Zählwerke den Vervielfältiger sofort von 1,5 auf wenigstens 2,5 anzuheben. Statt also Gerechtigkeiten zu schaffen, belohnt die Bundesregierung die Spielhallenbetreiber. Damit diese auch in Zukunft von einem ordentlichen Gewinn ausgehen können, wird klammheimlich die Spielverordnung geändert und der Mindesteinsatz und Höchstgewinn je Spiel von 0,30/3,- DM auf 0,40/4,- DM angehoben und dies alles in zwölf statt 15 Sekunden Mindestspieldauer.

Damit schlägt sie gleichzeitig den vielen Parlamentariern ins Gesicht und untergräbt alle Bemühungen, das Verlustrisiko des abhängigen Spielspiels und der Beschaffungskriminalität im Umfeld von Spielhallen spürbar abzusenken.

Daran wird auch die Selbstbeschränkung der Automatenwirtschaft nichts ändern, die zum Beispiel nur marginale Begrenzung der Risiko- und Sonderspiele (von zusammengekommen 200 auf 150) vorsieht.

So werden auch weiterhin Parlamentarier sich mit den für alle Betroffenen leidigen Problem der Spielhallen beschäftigen müssen. Getan hat sich nichts, seit mehr als einem Jahr, außer, daß mehr Spielhallen, mehr Geldspielgeräte, größere Steuerverluste, steigende Spielsucht und Anstieg der Beschaffungskriminalität im Umfeld von Spielhallen zu beklagen sind. (-/14.2.1990/va-he/rs)

Solidarität mit den Sozialdemokraten in der DDR - Sonderrabatt 50 % -



SPD-Pressedienst GmbH
Postfach 12 04 08

5300 Bonn 1

Ich bestelle ab..... zur Lieferung an eine Gliederung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR folgende Informationsdienste:

Parlamentarische Politischer Pressedienst (PPP)	DM 41,25
PPP-Hintergrunddienst	DM 24,75
Sozialdemokratischer Pressedienst	DM 41,25
SPD-Pressedienst/Wirtschaft	DM 24,75
SPD-Pressedienst/Europa	DM 13,75
blick nach rechts	DM 4,90

(alle Preise monatlich zuzügl. Porto und MWSt.)

Ich bitte, mir die Adresse des Empfängers mitzuteilen

.....

(Name, Vorname)

.....

(Datum)

.....

(Straße)

.....

(Unterschrift)

.....

(PLZ Wohnort)

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der SPD-Pressedienst GmbH, Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, Postfach 12 04 08, 5300 Bonn 1, schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

.....

(Datum)

.....

(Unterschrift)

(Die Bestellung bitte zweimal unterschreiben)